

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dorothea Steiner, Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann Ott und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stärkung der Mehrwegquote bei Getränkeverpackung

Mehrwegverpackungen und -flaschen sind ökologisch vorteilhafte Verpackungen. Mehrwegsysteme sind außerdem Systeme des regionalen Wirtschaftens. Damit ist eine Stärkung von Mehrwegsystemen nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Mehrwegverpackungen sind Einwegverpackungen in puncto Klimaschutz und Ressourcenschonung haushoch überlegen, nicht nur bei der Herstellung, sondern auch beim Transport.

Zur Stützung der Mehrwegquote im Getränkebereich wurde das Pflichtpfandsystem eingeführt. Während es direkt nach dessen Einführung zu der beabsichtigten Erhöhung der Mehrwegquote kam, hat diese im Jahr 2008 mit 44,1 Prozent ihren bisherigen Tiefstand erreicht (Quelle: Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung, GVM). Wobei die Mehrwegquoten sich je nach Getränkeart stark unterscheiden. Während die Mehrwegquote bei Bier konstant zwischen 86 bis 89 Prozent liegt, ist sie bei Mineralwasser von 73 Prozent im Jahr 2003 auf 47 Prozent im Jahr 2008 gesunken. Mit der gerade angelaufenen Wiedereinführung der Dose durch einige Discounter erhöht sich der Druck auf die Mehrwegverpackungen, gerade im Bereich Bier, noch mehr. Zudem besteht noch immer das Problem, dass Verbraucher nicht immer wissen, dass neben den umweltfreundlichen Mehrwegverpackungen auch Einwegverpackungen teilweise pfandpflichtig sind. So wird häufig angenommen, eine Pfandflasche wäre auch immer eine ökologisch vorteilhafte Mehrwegverpackung.

Das Umweltbundesamt hat eine Studie zur Evaluierung der Pfandpflicht erstellen lassen, die im April 2010 veröffentlicht wurde. In der Studie werden verschiedene Instrumente zur Stärkung der Mehrwegquote untersucht. Auch Verbände fordern in den letzten Monaten verstärkt die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Stützung der Mehrwegquote zu ergreifen. Der NABU – Naturschutzbund Deutschland e. V. hat dazu ebenfalls eine Studie erstellen lassen, in der das Instrument einer Lenkungsabgabe auf Getränkeverpackungen genauer untersucht wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Entwicklung bei den Mehrwegquoten bis zum Jahr 2008?
2. Liegen der Bundesregierung schon Informationen oder vorläufige Schätzungen zur Entwicklung der Mehrwegquote im Jahr 2009 vor?

3. Was sind aus Sicht der Bundesregierung die Hauptursachen für die abnehmenden Mehrweganteile bei Getränkeverpackungen im Allgemeinen und für die Teilbereiche Mineralwasser und Getränke ohne Kohlensäure im Besonderen?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen abnehmender Mehrweganteile im Getränkesektor im Allgemeinen und die Folgen für kleine und mittelständischen Unternehmen im Besonderen?
5. Sieht die Bundesregierung durch das verstärkte Angebot von Getränken in Dosen die Gefahr der weiteren Verringerung der Mehrwegquote im Bereich der Getränkeverpackungen im Allgemeinen und im Bierbereich im Besonderen?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen des verstärkten Angebotes von Dosen, gerade im Bereich Bier, auf regionale, mittelständische Brauereien?
7. Wie schätzt die Bundesregierung die Ökobilanz der gegenwärtig auf dem Markt befindlichen Getränkedosen im Vergleich zu den verschiedenen Mehrwegverpackungen ein?
8. Ist der Bundesregierung die Studie der ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (IFEU) zur ökobilanziellen Untersuchung verschiedener Verpackungssysteme für Bier bekannt?

Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisinterpretation, dass „bei Verwendung von individuellen Glas-Mehrwegflaschen sowie einer überregionalen Vermarktung die Getränkedosen dem Glasmehrweg vergleichbare ökologische Wirkungsprofile erreichen“ (vgl. Ergebnisübersicht der IFEU-Studie vom 17. Mai 2010, S. 5)?

9. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen des Verbandes Beverage Can Makers Europe (BCME), dass die Dose je nach Verbrauchssituation im Vergleich zu Mehrweg die klimaschonendere Verpackung sei (vgl. BCME: Umweltargumente für die Getränkedose)?

Sollte die Bundesregierung diese Auffassung teilen, wie begründet sie dies?

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, dass Dosen aus ökologischer Sicht noch immer deutlich schlechter als Mehrweggetränkeverpackungen abschneiden (vgl. Presseinformation Umweltbundesamt – UBA –, Nr. 36/2010)?

Wenn nein, warum nicht?

11. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der „Allianz für Mehrweg“, dass Mehrwegflaschen die klimafreundlichsten Getränkeverpackungen seien (vgl. Pressemitteilung Deutsche Umwelthilfe – DUH –, 5. Mai 2010)?

12. Liegen der Bundesregierung vergleichende Studien zur Klimabilanz von Dosen und den verschiedenen Mehrweggetränkeverpackungen vor?

Wenn ja, zu welchen Ergebnissen kommen diese Studien?

13. Welche freiwilligen zusätzlichen Maßnahmen wurden nach Kenntnisstand der Bundesregierung von den Wirtschaftsbeteiligten ergriffen, um Mehrwegverpackungen zu fördern?

Hält die Bundesregierung diese Maßnahmen für ausreichend, und wenn nicht, welche weitergehenden Maßnahmen würde sie den Wirtschaftsbeteiligten empfehlen?

14. Verfolgt die Bundesregierung weiterhin das Ziel, den Mehrweganteil an Getränkeverpackungen zu erhöhen, und hält sie an dem Ziel von mindestens 80 Prozent Anteil an Mehrweg und ökologisch vorteilhaften Einwegverpackungen (MöVE) fest?
15. Wie schätzt die Bundesregierung die bisherigen Instrumente der Verpackungsverordnung bezüglich ihrer ökologischen Effektivität und ihrer ökonomischen Effizienz ein?
16. Reichen die bisherigen Instrumente der Verpackungsverordnung aus Sicht der Bundesregierung aus, um die angestrebten Mehrwegquoten im Getränkebereich zukünftig zu erreichen?
Wenn ja, wie ist diese Annahme begründet vor dem Hintergrund, dass die Quoten bisher in jedem Jahr klar verfehlt wurden?
17. Teilt die Bundesregierung die in der von der bifa Umweltinstitut GmbH im Auftrag des UBA erstellten Studie zur Bewertung der Verpackungsverordnung geäußerte Ansicht, dass das Instrument der Pfandpflicht bezüglich seiner Zielgenauigkeit durch flankierende Elemente gestärkt werden sollte?
18. Plant die Bundesregierung derzeit die Einführung einer eindeutigen und verbraucherfreundlichen Kennzeichnung von Einweg- und Mehrwegverpackungen, um deren eindeutige Unterscheidung zu gewährleisten?
Wenn ja, wie soll diese Kennzeichnungspflicht ausgestaltet sein, und wann wird ein entsprechender Kabinettsentwurf vorliegen?
Wenn nein, warum nicht?
19. Plant die Bundesregierung derzeit Maßnahmen zur Förderung von Mehrweg im Bereich Umwelt- und Verbraucherinformation, angelehnt an die vom UBA beschriebene Kampagne „Pro Mehrweg“?
Wenn ja, wie sind diese Maßnahmen genau ausgestaltet, wann und durch wen werden sie durchgeführt?
Wenn nein, warum nicht?
20. Teilt die Bundesregierung die in der von der bifa Umweltinstitut GmbH im Auftrag des UBA erstellten Studie zur Bewertung der Verpackungsverordnung geäußerte Ansicht, dass eine Ausweitung der Pfandpflicht auf alle Getränkebereiche und auf alle Gebindegrößen bis 5 Liter als flankierendes Element die Wirkungsgenauigkeit der bisher bestehenden Pfandpflicht stärken könnte?
Wenn ja, plant die Bundesregierung die Einführung einer entsprechenden Pfandpflichtausweitung?
Wenn nein, warum nicht?
21. Sieht die Bundesregierung in der von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagenen Lenkungsabgabe auf Einweggetränkepackungen grundsätzlich ein mögliches Instrument zur Stützung der Mehrwegquote?
Wenn nein, warum nicht?
22. Plant die Bundesregierung das Instrument der Lenkungsabgabe genauer zu untersuchen und mögliche Ausgestaltungsvarianten für eine eventuelle Einführung zu prüfen?
Wenn ja, welche Untersuchungen finden derzeit statt oder sind geplant, und von wem werden diese durchgeführt?
Wenn nein, mit welcher Begründung verzichtet die Bundesregierung auf weitere Prüfungen des Instrumentes der Lenkungsabgabe?

23. Welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Stützung der Mehrwegquote, und wann wird die Bundesregierung konkrete Maßnahmenvorschläge vorlegen?

Berlin, den 2. Juli 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion